

Der Maler

Organ des Verbandes der

Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Ercheint Sonnabends

Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:

Hamburg 88, Alsterterrasse Nr. 10
Herrspracher; Nordsee 8248

Postcheckkonto:

Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung — Wiedereinführung der Kurzarbeiterunterstützung — Beschaffung von Arbeitsgelegenheit und gleiche Behandlung unserer Kollegen mit den Arbeitern anderer Berufe.

Die zunehmende Arbeitslosigkeit wächst sich immer tiefer zu einer Gefahr für die Gesundheit unserer wirtschaftlichen und politischen Zustände aus. Bitterste Not, schlimmste Sorge suchen Millionen zu produktiver, geistlicher und geistiger Arbeit bereiten Volksgenossen in der Nähe heim, daß schnellste Hilfe dringend nötig ist; treiben wir einer Katastrophe zu, die uns von einer Erhebung der schlimmen Verhältnisse weiter als je entfernt würde. In solcher Situation muß das Verbot der öffentlichen Presse von der Schuld des Dawes-Planes, Locarno-Vertrages an diesen Zuständen und von der Verantwortlichkeit des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund dem Unwissensten als das Geschrei des Diebes erbaulich werden, der seine Verfolger auf eine falsche Fährte lockt, damit die Syndikatsgewaltigen und die ehemals freien Freibeuter das von ihnen stets so heiß geliebte deutsche Volk besser noch als in der schönen Zeit vor 1914 geplündern in der Lage sind.

Wir bilden uns nicht ein, daß nun plötzlich all die, die nationalstolischen Volkserbberbern im Kampfe gegen die Wiederaufrichtung des Vertrauens der Völker einander gerichtete Politik bisher nachgelaufen sind so — ohne es vielleicht zu wissen — zu einer weiteren Häufung der bestehenden Krise treiben, nun ohne unser mit uns für praktische Arbeit zur Abstellung der ungunstigen Mißstände wirken werden. Das aber kann nicht hindern, trotzdem immer wieder nach dieser Richtung hin vorzustößen. Darum richteten wir, nachdem die diesjährigen gemeinsamen Bemühungen um die Abklärung der Arbeitslosenziffern durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit in unserem Gewerbe aus naheliegenden Gründen bisher noch keinen entscheidenden Erfolg konnten — nutzlos sind sie trotzdem keineswegs geblieben — an die Reichsregierung, den Reichstag, das Reichsarbeitsministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichswirtschaftsministerium folgende Eingabe:

Hamburg 88, den 15. Januar 1926.
Alsterterrasse 10.

Die Arbeitslosigkeit nimmt auch im Maler- und Lackierergewerbe von Woche zu Woche einen immer größeren Umfang an. Sie ist hier keineswegs nur aus natürlichen, jedes Jahr erneut um diese Zeit auf-

tretenden Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung zu erklären. Auch im Maler- und Lackierergewerbe machen sich die seit Monaten herrschende Krise in der deutschen Volkswirtschaft und die Folgen einer schädlichen Wirtschafts- und unzureichenden Sozialpolitik in starkem Maße bemerkbar, was aus folgenden Zahlen ohne weiteres ersichtlich ist.

Es waren im Oktober 1925 arbeitslos 2789 oder 7,1 % der Mitglieder unseres Verbandes, 1678 arbeiteten verkürzt. Im November stiegen diese Zahlen auf 6020 oder 18,9 % arbeitslos und 3898 verkürzt arbeitende Mitglieder, und im Dezember weit über den Normalzustand hinaus auf 11 800 Arbeitslose oder 31,1 % der Gesamtmitglieder, außerdem auf 4062 oder 10,8 % Kurzarbeiter.

Alle Anzeichen weisen aber darauf hin, daß seit dieser letzten Erhebung eine bedeutende Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in unserm Gewerbe eingetreten ist. Außerdem steht nach unsern ständigen Erfahrungen fest, daß unsere statistischen Erhebungen, weil sie sich in der Hauptsache auf die organisierten, daher auch beruflich leistungsfähigsten und persönlich zuverlässigsten Gehilfen stützen, den tatsächlichen Grad der Arbeitslosigkeit nicht wiedergeben. Die wirkliche Arbeitslosigkeit ist, wie auch die Differenz der Arbeitsnachweise unseres Gewerbes beweisen, mindestens 50 % höher zu veranschlagen. Ein großer Teil unserer arbeitslosen Mitglieder wird nicht erfasst, weil er wegen der Ausichtslosigkeit, jetzt Arbeit zu erhalten, sich jeder Kontrolle und Feststellung durch unsere Verbandsorgane und durch die Arbeitsnachweiskeit entzieht; diese finden sich erst nach dem Beginn der Arbeitsgelegenheit neu ein. Die Feststellung schlechten Geschäftsganges gilt für alle Teile Deutschlands, wenn auch die industriell am meisten entwickelten Gebiete einen über dem Durchschnitt stehenden Prozentsatz Arbeitsloser aufweisen.

Gemeinsame Schritte der zentralen, bezirklichen und örtlichen Verwaltungen der Arbeitgeber- und der Gehilfenorganisationen des Maler- und Lackierergewerbes bei Behörden des Reiches, der Länder, der Gemeinden und bei größeren Privatunternehmern, um die Inangriffnahme von Arbeiten zu erreichen, die nur unterbleiben, weil das ganz falsche und sehr verhängnisvolle Vorurteil besteht, es könnten Malerarbeiten bei kälterem Jahreszeit nicht ausgeführt werden, haben zwar vereinzelt gewisse Erfolge gehabt, meist wurden die geäußerten Wünsche aber mit dem Hinweis auf den Mangel an Mitteln abgelehnt. Die Unterbehörden stützen sich dabei trotz Anerkennung unserer Argumente und der Notwendigkeit der von uns namhaft gemachten Arbeiten auf die Anweisungen der höheren Behörden und auf die in Aussicht genommenen allgemeinen Notstandsarbeiten. Bei diesem Hinweis wird ganz übersehen, daß viele öffentliche Gebäude und Verkehrseinrichtungen sich in einem so unhaltbaren Zustand befinden, daß das weitere Hinausschieben der dringendsten Instandsetzungsarbeiten, die hauptsächlich Maler- und An-

streicherarbeiten sind, große unwiederbringliche volkswirtschaftliche Verluste und schwerste Schädigungen der Volksgesundheit hervorrufen muß. Darum wäre die Inangriffnahme solcher durchaus produktiver Arbeiten, ausgeführt von Facharbeitern, die bei einem Umschlag der Konjunktur dann in ausreichender Zahl nicht mehr zur Verfügung stehen, viel wertvoller als die allgemeinen Notstandsarbeiten, die — zumal von ungeeigneten Arbeitskräften ausgeführt — durchaus unrationell und verhältnismäßig kostspielig werden.

Kann aber ausreichende Arbeitsgelegenheit durch die Beschaffung produktiver Arbeiten nicht bereitgestellt werden, so ist die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen dringende Pflicht des Staates, der er sich nicht entziehen darf, wenn sich daraus nicht schlimme Folgen entwickeln sollen. Sind die jetzt gezahlten Sätze schon völlig unzureichend, so ist es aber ferner ein noch größeres Unrecht, die Gehilfen des Maler- und Lackierergewerbes mit dem Hinweis auf den Saisoncharakter unseres Berufes mit ihren Unterstützungsgeldern abzuweisen oder ihnen vielfach eine übermäßig lange Wartezeit aufzuerlegen.

Durch den Erlaß des Reichsarbeitsministeriums und durch die Verfügung des preussischen Wohlfahrtsministeriums vom 2. November 1925 (III. R. Nr. 3400) werden die Arbeitsämter und Kommunalbehörden noch angespornt, die erwiderten, ganz unsozialen Maßnahmen gegen die Arbeiter unseres Gewerbes unter allen Umständen durchzuführen. Das aber setzt deren Lebensverhältnisse tief unter die der anderen Arbeitergruppen herab.

Ebenso dringend wie die Beschaffung von Arbeitsgelegenheit, die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Beseitigung des ungerechten Ausnahmestandes gegen unsere Kollegen als Bauarbeiter ist auch die Einführung der Kurzarbeiterunterstützung. Nach unsern statistischen Feststellungen arbeiteten von den Kurzarbeitern 1066 wöchentlich 1 bis 8 Stunden, 1804 9 bis 16 Stunden, 688 17 bis 24 Stunden, und nur 604 Gehilfen 24 Stunden und mehr.

Aus diesen Angaben ist zu ersehen, wie gering die Einkommen des weitaus größten Teiles der betreffenden Arbeiter sind und wie notwendig hier ein Eingreifen der Arbeitslosenfürsorge ist.

Der unterzeichnete Verbandsvorstand hofft, daß seinem Ersuchen auf

- Bereitstellung von Arbeitsgelegenheit, Erhöhung der Erwerbslosenunterstützungssätze, Einführung der Kurzarbeiterunterstützung, und gleiche Behandlung mit den Arbeitern anderer Berufe stattgegeben wird.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

gez. Otto Streine, Verbandsvorsitzender.

Hoher oder niedriger Lohn?

Von Professor Lederer, Heidelberg.

Im Zusammenhang mit der schweren Wirtschaftskrise, auch in England noch immer besorgt erörtert wird, in alle Versuche, durch Verbesserung der Organisation der einen Seite, durch Herabdrückung der Kosten, insbesondere der Lohnkosten auf der andern Seite, die einseitige Industrie wieder abwärts zu machen. Jede einseitige Industrie sucht aus ihrer inneren Verflechtung mit der Markte heraus diesen Weg zu gehen, trotzdem man es erkannt hat, daß er für die Gesamtheit der Volkswirtschaft an sich widerspruchsvoll ist. Man muß beinahe sagen, daß die Liquidation der Krise nur gelingen kann, wenn die Unternehmer als Schicht in ihren Bemühungen die Verbesserung des Produktionsausbaues Erfolg haben, wenn aber auf der andern Seite ihre Absicht, die Löhne herabzusetzen, fehlschlägt. Denn nur dann können für die erweiterte Produktion, die in der Nationalökonomie liegt, Absatz finden.

Das ist ein Zusammenhang, der leider noch immer im allgemeinen unbekannt wird. Auch in Deutschland finden ständige Umstellungen der Betriebe statt, die eine Erzeugung der Produktion geradezu zur Voraussetzung haben. Diese Umstellungen setzen die Kosten der Produktion herab und würden meistens bei Fortdauer der bestehenden Marktlage einen glatten Absatz der Produkte möglich

machen. Wenn aber gleichzeitig die Arbeitslosigkeit um sich greift und die Löhne sinken, so verschlechtert sich ja die Marktlage und auch die verbesserte und verbilligte Produktion kann keinen Absatz finden.

Dieser innere Widerspruch der kapitalistischen Entwicklung auf der einen Seite, der Lohnbewegung auf der andern Seite, ist für den Aufbau der europäischen Industrie charakteristisch. Er hat sich daher auch immer nur unter heftigen Erschütterungen vollzogen. In der amerikanischen Industrie scheint er in höherem Maße als in Europa sich die Erkenntnis durchgesetzt zu haben, daß jeder Versuch zu einer Steigerung in der Leistungsfähigkeit der Industrie verhängnisvoll scheitern muß, wenn nicht die Aufnahmefähigkeit des Marktes gleichzeitig wächst, das heißt also, die Löhne und Gehälter steigen. Bekanntlich hat ja Henry Ford diesen einfachen theoretischen Gedanken auch im Aufbau seines Unternehmens zum Ausdruck gebracht. Jedenfalls behauptet er, nicht die Praxis der Drosselung des Lohnniveaus zu befolgen, die in Deutschland früher das Alfordsystem so verhängnisvoll gemacht hat, und eine Quelle ständiger Reibereien zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden bildet.

Im Gegensatz dazu hat in Amerika das Lohnniveau immer, schon lange bevor Ford diese These in so zugespitzter Form vertrat, eine ziemlich steil aufsteigende Linie gezeigt. Es war immer die Ueberzeugung verbreitet, daß der Lebenspielraum der Masse durch Verbesserung der

Produktion breiter werden könne und müsse, und es war selten die Besorgnis vorhanden, daß eine steigende Lebenshaltung der Arbeiterschaft die Masse unzufrieden, auffällig und schließlich politisch gefährlich machen könne. Freilich war die amerikanische Industrie keineswegs ein Ideal und es gab immer sehr viel Lohndruck, Schwärze, Ausbeutung der Einwanderer. Verfolgung der Organisationen, rücksichtslose Ausnutzung der Konjunkturen seitens der Unternehmer. Aber trotz alledem, trotz der völligen Ohnmacht der sozialistischen Partei und trotzdem die kapitalistischen Unternehmer und ihre Verbände stets auch politisch das Scepter in der Hand hatten, hat sich doch verhältnismäßig früh eine breite Masse amerikanischer Arbeiterschaft mit gehobenen Lebensbedingungen herausgebildet und hat einen immer wichtigeren Teil des amerikanischen Marktes gebildet. Die Kaufkraft dieser Arbeiterschaft zu erhalten und zu erweitern wurde bald als wichtiges Interesse der Unternehmerschaft erkannt, und so kann man sagen, daß sich derjenige Teil der nationalen Gesamtproduktion, der auf den Konsum der Arbeiterschaft entfällt, ohne wesentliche Rückschläge erheblich ausgeweitet hat. Dem entspricht auch die amerikanische Auffassung, nach der bei den großen Naturschätzen der Union und in dem weiten, unbegrenzten Raum die Möglichkeit günstigen Verdienstes für jedermann gegeben sein müsse. Auf dem Boden dieser Anschauung hat sich die Auffassung der Interessensolidarität zwischen der Produktion auf der einen Seite und der Arbeiterschaft

auf der andern Seite entwickeln können, die so deutlich von dem gleichlautenden europäischen Schlagwort absteht. In Amerika glaubt man, daß das Wirtschaftsleben im ganzen nur gedeihen kann, wenn die Löhne hoch sind, in Europa formuliert man diese Interessensolidarität umgekehrt: die Arbeiter müßten sich mit niedrigeren Löhnen zufriedengeben, damit die Industrie gewinnbringend arbeiten und so dauernd Arbeitsgelegenheit bieten könne. Die amerikanische Industrie hat also erkannt, daß Nationalisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit nur eine Seite eines Entwicklungsprozesses sind, in dem der Massenkonsum rasch wächst, während man in Europa vielfach noch in privatwirtschaftlichen Vorstellungen gefangen, niedrige Löhne als Voraussetzung einer günstigen Geschäftslage ansieht. In Europa ist die Idee entstanden, daß der Lohn eine Belastung der Industrie sei, daß die Sozialpolitik die Konkurrenzfähigkeit herabsetze. Diese Denkwelt bildet geradezu einen Hemmschuh für die Entfaltung der Wirtschaftskräfte, weil sie die rechtzeitige Erweiterung des Marktes immer wieder verzögert, weil sie keine großzügige Ausgestaltung der Produktion ermöglicht, und weil sie die ohnedies genügend vorhandenen Reibungsflächen im Wirtschaftsleben verbreitert. Nicht mit Unrecht hat ein englischer Schriftsteller diese Argumentation, die sich auch in England häufig findet, dahin aufgepißt, daß die Industrie Schutz verlange gegenüber Produkten, die unter niedrigen Löhnen erzeugt werden, in demselben Atem aber Schutz verlange gegen Produkte, wie z. B. die Automobile von Ford, die unter besonders hohen Löhnen erzeugt werden. Eine grundsätzliche Ueberlegung muß also zeigen, daß den niedrigen Löhnen eine wenig zweckmäßige, langsame Produktionsmethode entspricht, während der rationalisierten, schnellen, typisierten Produktion hohe Löhne korrespondieren müssen. Gewiß würde auch die Durchsetzung dieses Gedankens weder das ökonomische Problem lösen noch die sozialen Gegensätze aus der Welt schaffen oder die kapitalistische Produktionsweise befriedigend gestalten. Vor allem liegt ja auf der Bahn einer solchen Entwicklung die Vertiefung, die immer den Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit ins Politische übertragen wird, die außerdem notwendig zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und damit zur Bedingung aller unabhängigen Gegenströmungen führen muß. Auch eine kapitalistische Wirtschaft mit hohen Löhnen würde darum das soziale Problem und die Frage, wie der Aufbau der Wirtschaft richtig gestaltet sein soll, nicht lösen, aber eine richtige Auffassung über die Bedeutung des Lohnes und seiner Entwicklung für die Volkswirtschaft würde den gewerkschaftlichen Kampf in eine etwas reinere Atmosphäre führen und viel überflüssige wirtschaftliche Verluste in dieser notwendigen Auseinandersetzung ersparen.

Konjunkturbericht vom Dezember 1925.

Die Zahl der Arbeitslosen bewegte sich auch im Dezember in aufsteigender Linie, und die weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes gab dem Ergebnis unserer Konjunkturumfrage für den Monat Dezember ihr Gepräge. Von 99 Filialen aus den verschiedenen Wirtschaftsgebieten wurden 120 Betriebe mit 2346 Beschäftigten gemeldet. (Im Vormonat beschäftigten 134 Betriebe noch 4006 Kollegen.) Damit sank auch die Zahl der Beschäftigten von 29,6 auf 19,5 pro Betrieb. Die Gruppe der sehr gut beschäftigten Betriebe, die im Vormonat noch 275 Kollegen umfaßte, fällt im Dezember ganz aus. Aber auch die Zahl der gut Beschäftigten ist um 2,1 % gesunken und umfaßt im Berichtsmonat 495 Beschäftigte = 21,1 % in 12 Betrieben. Die schlechte Lage auf dem Arbeitsmarkt für unser Gewerbe zeigt sich aber am deutlichsten in den letzten beiden Gruppen. Die Zahl der befriedigend Beschäftigten sank von 1499 auf 591 und machen somit nur noch 25,2 % der vom Bericht Erfassten aus. Die Gruppe der schlecht Beschäftigten aber, die schon im Vormonat um 23,5 % heraufschwnelte, erfährt im Berichtsmonat noch eine weitere

Steigerung von 21,2 % und erreichte somit den verhältnismäßig sehr hohen Anteil von 68,7 % der Beschäftigten. Diese hohe Zahl von schlecht Beschäftigten läßt für den Monat Januar noch eine weitere Zunahme der Arbeitslosigkeit befürchten.

Der Hundertjah der Entlassungen stieg von 22,8 auf 51,3, der der Einstellungen fiel auf 4,2; beide erreichten damit einen aus den letzten Jahren unbekanntem Stand. Hinter diesen unheimlichen Zahlen verbirgt sich eine Ansammlung von Not und Entbehrungen, die die Inapp bemessenen Erwerbslosenunterstützungen kaum bannen können. Wie notwendig und richtig aber die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auch innerhalb unserer Organisation war, werden alle Kollegen anerkennen, denen die Unterstützung nun wertvolle Hilfe leistete und noch leisten wird. Die an die Gewerkschaften in diesem schweren Winter gestellten Anforderungen sind ungeheuer. Daß die Stärke der Organisation aber auch diesen Anforderungen gerecht zu werden vermag, sollte auch den uns noch Fernstehenden die Augen öffnen und die Notwendigkeit des Zusammenschlusses erkennen lassen.

Die Zahl der Lehrlinge ist im Berichtsmonat etwas gesunken. Ihr Anteil an der Beschäftigtenzahl beträgt aber dennoch 18 % gegen 12,1 % im Vormonat. Während im November noch auf 9 Gehilfen 1 Lehrling kam, sind es jetzt nur 5,5 Gehilfen pro Lehrling, und ein ganz unhaltbarer Zustand hat sich in einzelnen Betrieben durch die unverhältnismäßige Zahl der Lehrlinge herausgebildet. So meldet ein Betrieb 12 Lehrlinge, ohne auch nur einen Gehilfen zu beschäftigen. Ein anderer meldet 9 Lehrlinge bei 8 Gehilfen usw. Diese Lehrlingszüglererei, die auch in gar keinem Verhältnis steht zu der bei guter Konjunktur beschäftigten Höchstzahl von Gehilfen, sollte doch Veranlassung sein, sich um diese Art von Betrieben etwas mehr zu kümmern.

Die wöchentliche Arbeitszeit war in 61 Betrieben mit 1006 Beschäftigten, rund 48 %, 42 Stunden. Darunter, 36 bis 40 Stunden, arbeiteten 706 Kollegen oder 80 %. Ueber 42 bis 48 Stunden waren 636 Kollegen oder 27 % beschäftigt. Ueberstunden wurden in 9 Betrieben mit 27 Beschäftigten geleistet, teilweise von einem Betrieb mit 102 Beschäftigten. Von Kurzarbeit sind 281 Beschäftigte in 24 Betrieben betroffen.

Aus unserm Beruf

Berufsunfall. Am 30. Dezember, kurz vor Arbeitsbeginn, sind bei Instandsetzungsarbeiten im Hauptbahnhof zu Hof i. B. zwei Gehilfen des Malermeisters Göb aus über 4 m Höhe abgestürzt. Während der Meister Göb mit einem Armbruch davonkam, mußte unser Kollege Sörgel mit schweren inneren Verletzungen ins Krankenhaus geschafft werden. Der Unfall hat sich folgendermaßen zugetragen: In einem kleineren Wartesaal wurde auf zwei Gerüsten gearbeitet. Das eine davon bestand aus zwei Staffeleien und einer Anlegeleiter, auf die der Länge nach zwei Bohlen gelegt waren. Von diesem Gerüst aus wurde eine Fläche von 6 m Breite und 7 m Höhe bearbeitet. Die Bohlen lagen auf der obersten Sprosse der Staffeleien. Sicherungen waren keine angebracht. Beim Betreten des Gerüsts durch die beiden Abgestürzten schwanen die beiden Bohlen durch die Anlegeleiter wurde dadurch von der Längswand weggezogen, und so genügte der geringste Druck auf die zu bearbeitende Querwand, um das Gerüst zum Einsturz zu bringen. Das Unglück hätte vermieden werden können, wenn die Firma Material zur Verfügung gestellt hätte. So war aber außer den Leitern und einigen Brettern fast gar nichts vorhanden, und auch nach dem Unfall mußte man sich mit Laten und Nägeln behelfen, anstatt mit Stricken und Stangen. Herr Göb hatte sich selbst vorübergehend auf dem Gerüst aufgehängt; er hätte also als Meister für ein gutes Gerüst sorgen müssen. Wäre das geschehen, dann würden heute in Hof zwei Krüppel weniger vorhanden sein.

und Herr Göb hätte es nicht nötig gehabt, nach dem Unfall und vor Besichtigung durch die Aufsichtsbeamten die Augen drei Sprossen tiefer legen zu lassen. Daß sein eigener Gehör mit zu Schaden kam, läßt das Verhalten von durchaus nicht besser erscheinen. Unsern Kollegen ist wieder einmal dringend zu rufen, keinen solchen Aufstoß den Namen Gerüst verdient er nicht — zu betreten. Es ist es doch immer besser, man riskiert rechtzeitig Konflikt mit einem unverständigen, profitungstriebeigen Meister als seine gesunden Knochen. Der Unfall zeigt aber wieder mit aller Deutlichkeit, wie notwendig eine Pflege des Bauarbeiterstufes ist. Wir machen daher unsern Verwaltungsstellen zur Pflicht, überall die Wiedererrichtung der Bauarbeiterstufkommissionen dringen und selbst mit Hand anzulegen. Denn nur Selbsthilfe werden wir in diesen Dingen vorwärtskommen.

Bayreuth. Am 17. Januar fand unsere Generalversammlung mit Neuwahl der Verwaltung statt. Kollege Dober berichtete über die Tätigkeit der Verwaltung im abgelaufenen Geschäftsjahr. Er konstatierte, daß der Appell an die Glieder bei der vorjährigen Generalversammlung nicht fruchtbar war, denn sowohl die Mitarbeit als auch der Besuchsbesuch haben sich ganz wesentlich gehoben. So sei der Mitgliedsbestand in diesem Jahre von 40 auf 55 gestiegen, die Beitragsleistung ist so, daß von sogenannten Besuchsmitgliedern nicht gesprochen werden könne. Allerdings sei der Verbrauch an Erwerbslosenmarken verhältnismäßig und es müßte Aufgabe der neuen Verwaltung sein, zu sorgen, daß kein Kollege eine solche Marke bekommen kann, die nicht statutarisch dazu berechtigt ist. Das mangelnde gegenseitige Vertrauen der Bayreuther Meister während der Spielzeit wird einer scharfen Kritik unterzogen; dagegen Tätigkeit unserer zentralen Verhandlungskommission als Bayreuth ersprießlich anerkannt. Die Kollegen werden mahnt, sich mehr als bisher an den Tarifvertrag zu halten und einmal gewonnene Positionen unter keinen Umständen preisgeben. In der Frage der Arbeitsbeschaffung hätte Bayreuth Meister völlig versagt. Es fehlt ihnen jedes Verständnis für die Interessen der Allgemeinheit des Gewerbes. Ob mit den neuen Männern, die nun das in Händen haben, weiterzukommen sei, lasse er dahingehen, denn nach Aeußerungen des neuen Vorsitzenden zu schließen scheint die Innung noch mehr unter den Einfluß der Unternehmerlager treten zu wollen. Kollege Dober war zu entnehmen, daß Kasse und Bücher jederzeit in Ordnung waren. Kollege Dober kam dann in längeren Ausführungen auf die im Bericht angeführte Frage zu sprechen und fand, daß dem Gesamtgewerbe nicht gebient ist, wenn die Meisterorganisation die gefühllosen Meister angeht. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß ein Element noch weniger Verständnis für die Lage des Gewerbes aufbringe, als wir das sehr oft bei den Meistern mit Gehilfen feststellen können. Wir hätten also gar Ursache, diese Entwicklung in der Bayreuther Meisterorganisation besonders zu begrüßen. Nach eingehender Stellungnahme zur Tätigkeit der Bezirksleitung in der Frage der Arbeitsbeschaffung kam das auf den Stand unserer Verhandlungen zu sprechen, um dann an Hand eigener Erfahrungen und der immer wieder im „Maler“ erscheinenden Artikel die gegenwärtige wirtschaftliche Lage zu kennzeichnen. Diese sei so, daß die Arbeiterschaft alle Kraft im wahrsten Sinne des Wortes zusammenfassen muß, wenn sie nicht mehr als bisher Leidtragender sein will. Die alte Verwaltung wurde mit einigen Ausnahmen wiedergewählt. Es dauern ist, daß Kollege Dollhoff sich auch durch Zureden des Betriebsleiters diesmal nicht mehr bewegen ließ, sich Vorsitzender wählen zu lassen. Die Annahme des Neuwahlens gibt aber die Gewähr, daß er fernerhin sich im Dienst der ihm lieb gewordenen Bewegung stellen will. Dankworten des Kollegen Dober an die alte Verwaltung und Erledigung einer Reihe von Filialangelegenheiten schloß Kollege Dober mit einem Aufruf für rege Mitarbeit im kommenden Jahre die siebenstündige Versammlung.

Wenn du recht schwer betrübt bist, daß du meinst, kein Mensch auf der Welt könnte dich trösten, so tue jemand etwas Gutes, und gleich wird's besser sein. Kollegeer.

Metallvergiftungen im Gewerbeleben.

Von Dr. med. Georg Wolff.

Zahlreiche Stoffe, die im Gewerbeleben eine ausgedehnte Verwendung finden, bilden die Ursache zu mehr oder minder starken Berufserkrankungen. Einzelne von ihnen, wie das Blei, das Quecksilber, das Chrom, wirken so intensiv auf den menschlichen Organismus, daß sie als giftig bezeichnete Vergiftungsercheinungen im Laufe längerer Einwirkung herbeiführen können. Diese Metalle schädigen den Menschen demnach durch ihren Giftcharakter, sie üben wie andere Gifte einen chemischen Einfluß auf die Zellen des Organismus aus. In anderen Fällen, namentlich bei der Verhüttung der Schwermetalle, des Eisens, des Kupfers usw. können physikalisch-mechanische Ursachen, etwa die Einwirkung der intensiven Hitze, die Reizwirkung des fortwährend eingeatmeten Metallstaubes, die dauernde Beanspruchung besonderer Glieder zu Störungen führen. Auch diese Erkrankungen gehören in das große Gebiet der Gewerbe- oder Berufserkrankheiten, denen in erster Linie natürlich die im Gewerbeleben stehenden Arbeiter ausgesetzt sind. Mit Wirkung vom 1. Juli 1925 ist nun auch im Deutschen Reich die Unfallversicherung auf eine Reihe von Gewerbekrankheiten, auf Störungen, die nicht durch einen plötzlichen Unfall, sondern durch eine mehr chronische Schädigung, etwa durch die dauernde Einwirkung des giftigen Bleies oder die fortgesetzte Staubbelastung, verursacht sind, ausgedehnt worden. Es war ein Mangel der bisherigen Gesetzgebung, daß eine, der durch fortgesetzte Giftwirkung chronisch geschädigt wurde, keine Entschädigung erhielt, während ein anderer, der einen plötzlichen Unfall erleidet, Unfallrente bezog. Immerhin müssen wir weiter versuchen, präventive (vorbeugende) Maßnahmen zur Vermeidung der Gewerbebeschädigungen zu ergreifen, um keinen und radi-

kalsten dadurch, daß wir die Gewerbegebiete, soweit es möglich ist, durch giftige Stoffe ersetzen.

Wir wollen uns nun mit den einzelnen Gewerbekrankheiten, die in unserm Zusammenhang in Frage kommen, kurz beschäftigen. Bei weitem die größte Bedeutung von allen hat die chronische Bleivergiftung, von der die zahlreichsten Arbeiter der Schmelzhütten, die Maler, Schriftsetzer und besonders die Schriftgießer, die Kabelaarbeiter, Feilenhauer, Steingutarbeiter und noch viele andere, die im Berufsleben mit Blei zu tun haben, betroffen werden. Die geringfügigen Mengen, die im Laufe der Jahre aufgenommen werden, rufen die oft so böartigen Erscheinungen der chronischen Bleivergiftung hervor. Das in den Blutkreislauf gelangte Metall wird in fast allen Organen abgelagert, in der Leber, den Nieren, dem Gehirn, und gelangt sehr langsam wieder zur Ausscheidung. Die Hauptentgiftungsorgane des Körpers, die Nieren, bringen es mit dem Harn aus dem Körper; auch im Darm und Speichel wird es ausgeschieden und verläßt auf diese Weise den Organismus, freilich nachdem es überall seine Merkmale hinterlassen hat.

Am gefährlichsten ist der Bleistaub, das feinste verteilte Metall, das in vielen Fabrikbetrieben als unvermeidliches Übel den Arbeiter schädigt. Der Staub dringt in die Lungen und gelangt von hier viel schneller in das Blut als vom Darm aus; immerhin können aber auch die geringen Mengen, die jahrelang infolge der Verunreinigungen der Speisen durch schmutzige, mit Bleistaub behaftete Hände in den Darmkanal gelangen, zu einer Bleivergiftung mit allen ihren Folgen führen. Auch dadurch, daß Nahrungsmittel (Sardinen, Konserven usw.) in bleihaltigen Gefäßen aufbewahrt wurden, sind nicht selten Vergiftungen vorgekommen, namentlich bei Leuten, die sich lange Zeit mit konservierten, in Blechgefäßen aufbewahrten Speisen ernähren müssen. Diese Vergiftungen lassen sich aber vermeiden, wenn geeignete Sicherheitsmaßnahmen getroffen und bleihaltige Gefäße für die Aufbewahrung von Lebensmitteln, Säften usw. grundsätzlich ausgeschlossen werden. Viel schwieriger hingegen ist die Ausschaltung des Bleies aus dem Gewerbeleben. So lange man sich schon bemüht,

das giftige Metall durch andere nicht so gefährliche Stoffe zu ersetzen, man kommt immer wieder zum Blei zurück. Wenn man also nicht radikal vorgehen, das Blei vollständig aus dem Berufsleben entfernen kann, so sollten wenigstens alle Beteiligten so vorsichtig wie möglich zu Werke gehen und die gesetzlichen Bestimmungen, die in fast allen Fällen getroffen sind, einhalten. Nicht in seltenen Fällen es die in Bleibetrieben tätigen Arbeiter selbst, die sinnig die Schutzvorrichtungen unbeachtet lassen, bis sie den Schaden am eigenen Leibe spüren. Es ist den Meistern zum Beispiel oft nicht abzugewöhnen, den Pinsel im Mund zu stecken, wenn sie ihn mit einem andern vertauschen wollen; sie tun das immer wieder und beschleunigen sich so die Gefahr einer Bleivergiftung.

In welcher Weise machen sich nun die Symptome der verbreiteten Gewerbekrankheit bemerkbar? Zunächst wird vornehmlich, daß auch hier die Disposition (Wahlung) sehr verschieden ist. Manche Individuen erkranken schon nach Wochen, andere bekommen erst nach Jahren Vergiftungsercheinungen, viele werden überhaupt nicht von Blei wesentlich in Mitleidenschaft gezogen. Im allgemeinen sind die Menschen am meisten der Erkrankung gefeßt, deren Widerstandskraft bereits durch andere Giftigkeiten herabgesetzt ist.

Schon am Tierexperiment hat man festgestellt können, daß sich die Bleiwirkung im wesentlichen auf den Darmkanal und das Zentralnervensystem erstreckt. Ganz abgesehen von der Wirkung auf den Darm, der der Wirkung des Bleies am meisten ausgesetzt ist. Am meisten machen sich die schädigenden Einflüsse auf den Darm in Form der bekannten Bleikolik das Zentralnervensystem in Form mannigfacher Lähmungen und mit Krämpfen einhergehender Gefühlsleiden bemerkbar. Zu diesen Hauptsymptomen kommen dann noch die allmähliche Auftretenden, reichenden Gefühlsstörungen. Charakteristisch für die Bleivergiftung ist ihr vollkommen reversibler Verlauf. Nach einer Periode der Gesundheit tritt plötzlich, ohne daß eine Ursache vorhanden ist, das Gift neuem seine Wirksamkeit entfalten, einen heftigen Anfall einer Bleikolik oder ein anderes Symptom hervorzurufen. Wir können das nur so erklären, daß das Gift, das

Gewerkschaftliches

Gewerkschaften und Fürstenabfindung. Seit längerer Zeit wird auch in Gewerkschaftsversammlungen die Frage der Fürstenabfindung in die Debatte geworfen. Wie der Vorstand des ADGB, dem S. B. mitteilt, würdigt er durchaus die starke Erregung, die noch verschärft wird durch den Umstand, daß Millionen Arbeitslose und Kriegsgeldunter den Folgen dieser von uns belämpften Fürstenabfindung in Not und Elend ihr Dasein fristen. Der Bundesrat sei daher seit dem Aufstehen der Fürstenorden bemüht, mit den auf dem gleichen Boden stehenden parlamentarischen Vertretungen die geplante Auspöckerung des Staates und des Volkes zu verhindern. Die Abwehr sei eine politische Angelegenheit und deshalb zunächst von den politischen Parteien zur Entscheidung zu bringen. Erst wenn die Entscheidung des Reichstages vorliegt, könne der Bundesrat zu der neuen Situation Stellung nehmen. — Derzeit hat es der ehemalige welfische Herzog von Braunschweig, der Schwiegersohn Wilhelms in Doorn, recht schwer, die Bestände der wertvollen Gemäldegallerie zu verkaufen. Unter andern hat er bereits 178 Bilder zu einem Marktpreis von 910 125 M. zahlbar in englischem Pfund, versteigert. So sehr sie aus Deutschlands „vielgeliebte, teure“ Gemäldesöhne, alle, wie sie gebadet sind!



Es gibt immer noch zu viel Unfälle. Das kann anders werden, wenn jeder mitarbeitet. Halte dich mit für dich und deine Familie.

Der Reichstag erklärte sich am 19. Januar über die sozialdemokratische Parteiauslösung. Um nun über die ersten Schwierigkeiten, die aus der kommunistischen Reaktion durch das inzwischen erfolgte Einreichen eines Gegengewichts für Fürsteneinteilung entstanden sind, herauszukommen, wurde der Allgemeine Gewerkschaftsbund ersucht, sofort als verbindliche Instanz eingzugreifen. War es doch für jeden klar, daß nur ein Gegengewicht zum Volkstentwurf und Volkstentwurf eingebracht werden durfte. Die Verhandlungen zwischen dem ADGB, der Sozialdemokratie und den Kommunisten über die Fürstenabfindung geführten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß die Kommunisten ihren schon eingereichten Entwurf zurückzogen. Nun gemeinschaftlich vereinbarte Gegengewicht, den der nächsten Nummer veröffentlicht werden, wurde am 5. Januar beim Reichsministerium des Innern eingereicht.

Die beteiligten Organisationen werden die Aktion, jede für sich selbständig, durchführen. Sie sind sich jedoch einig, daß die Gesamtkraft des arbeitenden Volkes aufgebieten werden, um das angestrebte Ziel zu erreichen. Es gilt jetzt für jeden einzelnen, alle Kräfte für den Sieg einzusetzen.

Die Vollversammlung der Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre in Halle a. d. S. nahm einstimmig nach der Vortrage des Kollegen Eggert vom Bundesvorstand des ADGB über „Wirtschaftskrise und Mittel zu ihrer Überwindung“ eine Entschließung an, in der es heißt: In dieser Situation ist doppelte Wachsamkeit, erhöhte Kraft der Gewerkschaften erforderlich, um die Angriffe

des Unternehmertums auf das Tarifrecht, die Arbeitszeit und soziale Sicherstellung der Arbeiter abzuwehren. Die organisierte Arbeiterkraft muß neben angemessener Bezahlung der im Produktionsprozeß Tätigen unter allen Umständen für ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter kämpfen, um die Arbeiterkraft nicht zu einem gefügigen Werkzeug in der Hand eines erbarmungslosen Unternehmertums werden zu lassen.“

Sozialpolitisches

Die Gesellschaft für soziale Reform konnte am 6. Januar auf ihr fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurückblicken. Begründet wurde sie von dem früheren preussischen Handelsminister v. Berlepsch, nachdem dieser der Zentralverband Deutscher Industrieller, wie sein damaliger Generalsekretär Bued sich ausdrückte, als Minister „klein gekriegt“ hatte. v. Berlepsch hatte sich, unabhängig vom Wandel der kaiserlichen Gunst, sofort nach seinem Rücktritt darum bemüht, die sozialpolitisch interessierten Kreise zu sammeln; er hatte auf der Pariser Weltausstellung auch schon an der Gründung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz mitgewirkt. Die Gesellschaft für soziale Reform hat, besonders durch ihren langjährigen Generalsekretär Professor Dr. Ernst Franke, vor dem Kriege auf die deutsche und die internationale Sozialpolitik unüberkennbaren Einfluß ausgeübt, so daß sich Karl Legien am Ende des Weltkrieges sehr lebhaft für ihren Fortbestand einsetzte. Als korporatistisches Mitglied gehört der ADGB der Gesellschaft seit 1916 an.

Der Gegengewicht zur Aenderung des Mieterschutzes, der jetzt dem Reichstag zur Entscheidung vorliegt, sieht unter andern eine fast restlose Beseitigung des Schutzes für Untermieter vor. Wenn der Reichstag dem zustimmt, werden Hunderttausende von Familien, die heute noch Untermieter sind, völlig der Willkür der Vermieter preisgegeben werden. Es ist richtig, daß es heute genügend

möblierte Zimmer usw. zu mieten gibt. Als Untermieter kommen aber durchweg junge Eheleute in Frage, die vor der Unmöglichkeit stehen, sich eine eigene Wohnung zu beschaffen. Wichtig ist in diesen Fällen, daß der Untermieter doch Gelegenheit findet. Diese ist nicht überall vorhanden, und so ist eigentlich die Zahl von möblierten Wohnungen, die für die Untermieter passend sind, gering. Infolgedessen sind Preissteigerungen von möblierten Wohnungen mit Hochgelegenheit an der Tagesordnung. Sie werden nicht zu ertragen sein, wenn der Schutz für den Untermieter fortfallen soll. Es geht nicht an, daß man einmal die Hauszinssteuer nicht restlos für die Schaffung von Neubauten verwendet, andererseits aber solchen unglücklichen Existenzen, die nicht im Besitze einer eigenen Wohnung sind, unaufbringliche Mieten zumutet. Schon deshalb darf der Reichstag nicht in die geplante Lockerung des Mieterschutzes einwilligen.

Großhandelsindex und Lebenshaltungsindex 1925.

	Großhandelsindex	Lebenshaltungsindex
1913 Durchschnitt	100	100
1925 Januar	188,2	134,4
Februar	186,2	135,6
März	184,4	136,0
April	181,0	136,7
Mai	181,0	135,5
Juni	183,8	138,3
Juli	184,8	143,3
August	181,7	145,0
September	125,9	144,9
Oktober	123,7	143,5
November	121,1	141,4
Dezember (Mitte)	122,5	141,2

Vom Ausland

Vertrag

zur Erleichterung unserer Organisationsarbeit an der tschechoslowakischen Grenze.

Wie schon vor einigen Monaten die Regelung der Organisationsverhältnisse in den Grenzorten der Schweiz, so erwies sich nun auch eine ähnliche Massnahme an der tschechoslowakischen Grenze als nötig. Kamen bei der Schweiz allerdings neben den sogenannten Emigranten, das heisst Kollegen, die in Deutschland wohnen und ständig oder doch längere Zeit hindurch in Schweizer Grenzorten arbeiten — oder umgekehrt, was jetzt jedoch weniger vorkommt — auch Kollegen in Frage, die aus dem Innern Deutschlands meist den Sommer über drüben arbeiten und wohnen und im Herbst wieder zurückkehren, so handelt es sich für uns bei der Tschechoslowakei meist nur um Kollegen, die von dort auf längere Zeit nach Deutschland kommen. Im Gegensatz zu Maurern, Zimmerern, Tiefbauarbeitern usw., die mehr in dem oben bezeichneten sogenannten Emigrantenverhältnis stehen, also täglich oder wöchentlich ihre tschechoslowakische Heimat aufsuchen. Diese sind dann oft — wenn überhaupt — in der Tschechoslowakei organisiert und suchen dies schon deshalb mit Vorliebe so zu belassen, weil der Beitrag, besonders bei den bestehenden Valutaverhältnissen, drüben niedriger ist als bei uns. Um hier eine gewisse Ordnung zu schaffen und unsere Grenzallianzen für ihre Arbeiten, die sie natürlich auch mit der Vertretung der Interessen der ausländischen Arbeiter haben, zu entschädigen, ist unter Bekräftigung des internationalen Grundsatzes, dass jeder Verband nur in seinem Lande Geltung hat und demnach die Mitglieder sich immer dem Verband des Landes anzuschließen haben, wo sie in Arbeit stehen, u. a. in einem besonderen Vertrage in einer am 5. Januar in Dresden stattgefundenen Sitzung vereinbart worden:

in eingekapselt an einer Stelle des Körpers lag, plötzlich neuem in den Kreislauf gelangt und infolgedessen neuen Anfällen auslöst. Die Ursache dieser Gewerkschaftskrise besteht gerade darin, daß man sich gegen sie schwer tun kann, wenn sie erst einmal zum Ausbruch gekommen ist.

In vielen Fällen, aber längst nicht in allen, kann die toxische Blutuntersuchung Aufschluß über die Bleivergiftung zu schwerer Blutarmut und existenziellen Veränderungen der roten Blutkörperchen. Ein Teil derselben zeigt dann eine auffallende Körnerbildung bei Färbung mit basischen Anilinfarben noch deutlicher hervortritt und daher als „basophile Körnelung“ bezeichnet wird. Diese Veränderung des Blutes kommt zwar gelegentlich bei andern schweren Blutkrankungen vor, aber doch zusammen mit den andern Symptomen den richtigen Weg weisen. Daher wird dieser Blutuntersuchung von den Gewerkschaften heute zur Erkennung der chronischen Bleivergiftung großer Wert bei-

den, anfallsweise auftretenden Darmkrampf. Die große Schmerzhaftigkeit dieser Krämpfe, die von anfallsweisen Krämpfen unterbrochen sind, führt den Patienten zuerst zum Arzt. Nicht immer läßt sich die Krankheit dann noch beseitigen, jedoch gelingt mit Ausschaltung des Bleies aus dem Berufsleben des Erkrankten die Heilung in vielen Fällen. Man glaubt heute, daß der Darmkrampf durch eine Reizung der Nervenzellen des Darms hervorgerufen wird, daß also auch die Krämpfe nervösen Ursprungs sind.

Sehr unangenehm sind die heftigen, reißenden Gelenkschmerzen, die nicht selten im Gefolge einer Bleivergiftung, ebenfalls anfallsweise, auftreten und mit echten Gichtanfällen große Ähnlichkeit haben. Zu dem Symptomen, die erst verhältnismäßig spät erscheinen, gehören die Bleilähmungen. Sie betreffen in der Regel zuerst den Unterarm, gehen dann auf Oberarm und Schulter über, während die unteren Gliedmaßen seltener befallen werden. Die Lähmungen gehören zu den schlimmsten Erscheinungen der Bleivergiftung; sie sind nicht wieder gut zu machen, da die betreffenden Nerven unter dem Einfluß des heimtückischen Metalls degenerieren. Während die einen meinen, daß die Ursache der Lähmungen in einer Schädigung des Gehirns selbst beziehungsweise der zu den betreffenden Gliedmaßen gehörenden Nervenzentren liegt, führen andere die Lähmungen auf eine Schädigung der peripheren Nerven zurück. Praktische Bedeutung hat diese Streitfrage kaum. Die Lähmungen, die zumeist noch im Laufe der Zeit zunehmen, schleichend auch andere Gebiete ergreifend, machen den davon betroffenen Menschen jedenfalls erwerbsunfähig. Noch viele andere nervöse Symptome können die chronische Bleivergiftung begleiten. Sie kann wirkliche Geisteskrankheiten zur Folge haben, indem sie eine allgemeine Schädigung der grauen Hirnsubstanz des Gehirns hervorruft, sie kann epileptische Anfälle auslösen, die ebenfalls auf eine Reizung bestimmter Hirngebiete zurückzuführen sind, in seltenen Fällen Degenerationen im Gebiete des Sehnerven machen, die zur Blindheit führen. Alles das sind Erkrankungen nervöser Organe. Man muß also ganz besondere Beziehung zwischen dem Blei und der Substanz, die unsere Nerven

zusammensetzt, annehmen. Es zeigt sich auch im Tierexperiment, daß Blei, sobald es in den allgemeinen Kreislauf gekommen ist, in erster Linie das Nervensystem schädigt. Von andern Organen wird durch das Blei noch die Substanz der Nieren angegriffen; es liegt ja nahe, daß das Gift dort, wo es zur Ausscheidung aus dem Körper kommt, nämlich in den Nieren, Störungen verursacht. Die als Folge einer Bleivergiftung zuweilen auftretenden Nierenkrankheiten können ebenfalls großen Schaden anrichten, Wasserhusten und die übrigen Symptome gestörter Nierenfunktion hervorrufen.

Es erwächst die sehr wichtige Frage: Wie kann man den vielen Schädigungen, die durch Blei der menschliche Körper erfährt, begegnen? Kann man ihnen überhaupt vorbeugen? Freilich kann man es, wenn man das Blei aus dem Gewerbeleben gänzlich entfernt. Trotz aller Bemühungen hat sich dies bisher nicht durchführen lassen. Wenn man sich vergegenwärtigt, wieviele zum Teil ganz voneinander verschiedene Berufsarten mit dem Blei zu tun haben, daß Maler und Schriftsetzer, Arbeiter in Rabelwerten und Gürtelbetrieben und noch zahlreiche andere mit Blei arbeiten, so wird man sich einen Begriff davon machen können, wie schwierig es ist, dieses Metall und Gewerbe aus dem Berufsleben radikal zu beseitigen. So müssen wir uns damit begnügen, die Symptome zu bekämpfen, da wir eine wirklich erfolgreiche Prophylaxe, eine Entfernung des Bleis aus dem Körper, nur durch eine Entfernung des Bleis aus dem Gewerbeleben erreichen können. Tausende von Menschen würden erwerbslos sein, wenn das Blei aus dem Gewerbeleben entfernt wird. Immerhin kann durch eine kluge Beaufsichtigung viel zum Nutzen des Betroffenen geschehen. Die in den Bleibetrieben Beschäftigten müssen selbst über die Wirksamkeit des Metalls unterrichtet sein; sie müssen angehalten werden, sich in ihren Umgangsgewohnheiten danach zu richten. Natürlich sollte jeder, bei dem sich Frühsymptome einer Bleivergiftung einstellen, vor allem also der warnende Bleisaum am Zahnefleisch, sofort den Beruf wechseln, um den Angriffen des tödlichen Giftes nicht wieder ausgesetzt zu sein. Der Bleisaum zeigt an, daß die Fortbildungsarbeit im Entstehen begriffen ist. Darum beizugehen.

Die Bleivergiftung beginnt zunächst mit unbestimmten Erscheinungen, Kopfschmerzen, Appetitlosigkeit, Erregung; bei Frauen stellen sich häufig Unregelmäßigkeiten der monatlichen Blutungen ein. Es soll auch bei häufiger als bei andern zu Abort, zur Früh- und Spätgeburt kommen. Ein sehr charakteristisches und für die Diagnose höchst wichtiges Frühsymptom ist der sogenannte Bleisaum, eine schiefergraue Verfärbung des Zahnefleisches, die von einer Ausscheidung des Metalls im Speichel in der Mundhöhle herrührt. Mikroskopische keine Körner von Schwefelblei verursachen die schwarzgraue Verfärbung dieses Saumes. Da der Bleisaum den Beginn der Bleivergiftung anzeigt und bei einer ausgesprochenen Vergiftung zu fehlen pflegt, ist seine Beobachtung von großer Wichtigkeit. Wenn um diese Zeit jede Beschäftigung mit Blei aufgegeben wird, kann die Erkrankung noch einen günstigen Verlauf nehmen; wenn das Warnungssignal, das die Natur selbst gibt, unbeachtet bleibt, kommt es meist zu viel schwereren Folgeerscheinungen. Zunächst zur Erkennung, einem mit heftigen Schmerzen einhergehenden

„Mitglieder, die in ihrem Heimatlande ihren ständigen Wohnsitz haben und in dem Grenzgebiet des andern Landes arbeiten, können die Mitgliedschaft in dem Verband ihres Heimatlandes beibehalten, wenn sie täglich oder längstens wöchentlich zwischen Arbeits- und Wohnort verkehren.“

Diesem § 2 des Vertrages folgen Bestimmungen über die Abmeldung bei der Ubersiedlung nach dem andern Lande, auch bei einer vorübergehenden auswärtigen Beschäftigung. Im Arbeitsort neuaufgenommene Mitglieder sind, sofern für diese die Voraussetzungen des zitierten § 2 des Vertrages zutreffen der Heimatsorganisation zu überweisen.

§ 4. „Die unter § 2 fallenden Mitglieder zahlen ihren wöchentlichen Mitgliedsbeitrag an die Heimatsorganisation, ausserdem haben sie im Arbeitsort bestimmte Zuschläge zu leisten. Der an die Heimatsorganisation zu leistende Wochenbeitrag hat zusammen mit dem am Arbeitsort zu entrichtenden Lokalbeitrag mindestens der Werthöhe des Beitrags zu entsprechen, der im Arbeitsgebiet als Bundes- oder Verbandsbeitrag samt Lokalbeitrag eingehoben wird.“

§ 5. „Zu dem an die Heimatsorganisation zu leistenden Wochenbeitrag zahlen die in Deutschland arbeitenden Mitglieder am Arbeitsort an die dortige Verwaltungsstelle (Filiale, Zahlstelle) den üblichen Lokalbeitrag, mindestens jedoch wöchentlich 25 M. Ausserdem sind die Mitglieder verpflichtet, an die genannten örtlichen Verwaltungsstellen die vom Verband des Arbeitslandes beschlossenen Extrabeiträge (Streikbeiträge usw.) zu zahlen.“

Weitere Paragraphen bestimmen, dass periodisch Bücherkontrollen zum Nachweis der Organisationszugehörigkeit und der ordnungsgemäss geleisteten Beiträge, Extrabeiträge usw. vorgenommen werden müssen und dass Mitglieder, die sich den gefassten Beschlüssen und der Ordnung des Verbandes des Arbeitslandes nicht fügen, das ihnen gewährte Ausnahmerecht verlieren. Der Heimatsorganisation ist von den getroffenen Entscheidungen Mitteilung zu machen. Und in einem Schlussparagraphen ist festgesetzt, dass die Vertragskontrahenten verpflichtet sind, dahin zu wirken, dass Arbeiter, die keiner der vertragschliessenden Organisationen als Mitglied angehören und aus irgendeinem Grund dazu nicht überführt werden können, keine niedrigeren Beiträge zahlen dürfen, als im Arbeitsort üblich sind. Der Vertrag tritt am 1. Februar 1926 in Kraft.

Wie oben schon erwähnt, kommen für uns eigentlich in dem tschechoslowakischen Grenzgebiet meist nur Kollegen in Frage, die monatelang, meist auch den ganzen Sommer hindurch in Deutschland in weiter abgelegenen Orten wohnen und arbeiten. Diese Kollegen müssen selbstverständlich unserer Organisation beitreten, bei uns ihre Beiträge leisten und sich den Bestimmungen und der Ordnung unserer Organisation fügen. Für diese sind die Ausnahmeregelungen des Vertrages nicht geschaffen worden. Im übrigen wird dessen genauer Wortlaut den Verwaltungen der Grenzfilialen demnächst zugestellt werden.

Kranken- und Altersversicherung in England.

Am 4. Januar trat in Grossbritannien das neue Sozialversicherungsgesetz in Kraft. Von diesem Tage an müssen sich alle Personen im Alter von 16 bis 70 Jahren, die nicht mehr als 270 Pfund im Jahre verdienen, sowie — mit wenigen Ausnahmen — sämtliche Handarbeiter gegen Krankheit versichern und Beiträge zu einer Altersrentenkasse leisten. Unter dieses neue Gesetz fallen etwa 16 Millionen Menschen. Der Beitrag des Staates beläuft sich in den ersten zehn Jahren auf jährlich 4 Millionen Pfund. Unternehmer und Arbeiter zahlen jährlich die gleich hohe Summe an Beiträgen.

Fachtechnisches

Seidenglanzschliff — Lackpolieren.

Beide Themen sind meines Wissens an dieser Stelle schon behandelt worden, ohne aber bis in die Tiefe erschöpft zu sein. Ich will deshalb versuchen, den interessierten Kollegen einige Fingerzeige über diesen nicht leicht auszuführenden, aber vornehm wirkenden Anstrich zu geben.

Zunächst ist schon die Grundierung nicht zu unterschätzender Wichtigkeit. Sind die zu bearbeitenden Flächen an Möbeln oder an Bauarbeiten, so eignet sich dazu am besten massives oder abgeperltes Pappelholz. Die ganze Schreinerarbeit soll hier eine erstklassige sein. Wird jedoch, weil billiger, Fichten- oder Tannenholz verwendet, so müssen alle Partien mit einer alten, schmalen Spachtel oder einem sonst geeigneten Eisen ausgebrannt und das Holz, wenn möglich auch auf der Rückseite, grundiert werden. Diese Vorricht macht sich gut bezahlt. Große Füllungen zum Beispiel, so behandelt, werden sich fast nie werfen.

Nachdem richtig grundiert ist, kommen wir zur Spachtelung. Alle größeren Beschädigungen am Holze sind unbedingt vorher mit dickem Zellfitt auszugleichen. Als Spachtel kann Leim- oder Lackspachtel Verwendung finden. Beide sind gleich gut, wenn sie wie folgt zurechtgemacht werden:

Leimspachtel: Die Kreide wird am Tage vorher in einem abtrockneten sauberen, am besten feineren Topf eingeweicht. Dazu gibt man einen großen Löffel Lithoponweiß, etwas Sikkativ und Leinol und schlägt dann mit der Hand gut durch. Die Masse muß steif und kaum zu bearbeiten sein. Dann gießt man heissen, nicht gar zu dicken Tischerleim dazu und probiert, ob genügend geleimt ist. Sollte der Strich sich verdünnen, so genügt ein kleines Quantum Schmirgel, um ihm Steifigkeit zu geben.

Lackspachtel: In einen kleinen, ebenfalls sauberen Gefäß, oder in eine Dose, gießt man Kugelhodenlack mit einem gleichen Quantum Terpentinöl in etwa ein Drittel Höhe des Gefäßes und rührt die Mischung mit guter Kreide mäßig dick. Der Behälter wird dann zur Hälfte gefüllt sein. Darauf

gießt man etwas Wasser, am besten erwärmtes, und füllt wieder mit Kreide, die sich vollsaugen muß. Dann wird das Ganze kräftig durchgerührt, und ein tabelloser, sich nach einigen Stunden gut schleifender Spachtel ist fertig. Für Arbeiten im Bau gibt man letzterem wegen seiner schnelleren Zubereitung den Vorzug. Man macht ihn auch täglich frisch.

Beim Spachteln ist das Holz in seiner ganzen Länge durchzugehen. Hauptsächlich bei großen Füllungen, Schranttüren, Wandflächen usw. darf man niemals in Augenhöhe absehen. Diese Anfänge, sogenannte Siebe, machen sich später unangenehm bemerkbar. Gewöhnlich wird ein zweimaliges Spachteln genügen, um eine glatte Fläche herzustellen. Die Profile sind mit großer Liebe zu behandeln, da sie der Arbeit den Charakter geben. An den sauber geschliffenen Profilen erkennt man den sauberen Arbeiter.

Zum Anstrich verwendet man magere bis halbfette Farben und trägt diese nicht zu dick auf. Die Farbe muß immer matt und glatt abziehen. Nach dem Trocknen wird glatt geschliffen, sauber abgestaubt und die Ecken ausgeblasen. Vorher wird der Raum ausgefegt und der Fußboden naß gehalten.

Zur Lackierung nehme man nur die besten Schleiflade oder Schleifematten. Nach dem Mischen des Lotes muß man den Lack, wenn er unrein geworden, durchsieben. Der Pinsel soll geschliffene Vorsten haben und nur als Lackpinsel benutzt und dementsprechend behandelt werden. Lackiert wird grundsätzlich nur im erwärmten Raum. Bei kalter Temperatur kann auch der beste Lack nicht gleichmäßig verlaufen. Profile wird man mit Fischpinsel, tiefe Nuten mit Mattpinsel ausziehen. Etwasige Haare, Körnerchen usw. sind von der Fläche mit einem spitzen Holzstäbchen oder einem alten Schreibpinsel zu entfernen. Ist der Lack genügend trocken, was nach zwei Tagen der Fall sein dürfte, so kann geschliffen werden. Dazu benutzt man neben fein gemahlenem Wismutstein Filzstücke, die man bei größeren Flächen auch doppelt auf einen Klotz oder ein Stück Kork feiltlich aufnagelt. Zum Fertigschleifen und für Profile verwendet man aber nur Sandfilz. Ist sauber abgezogen, so wird das Ganze mit einer reinen Hochhaarbürste in Richtung des Holzes und unter Berücksichtigung der Gebrungen sauber naß nachgebürstet. Gebrungen werden mit Papier abgedeckt und alle Ecken werden mit einem kleinen Mattpinsel nachgeschliffen. Nichts Glänzendes und keine Unsauberkeit darf zu sehen sein. Bildhauerarbeiten werden nicht naß geschliffen, sondern mit Talkum gepudert. Gewöhnlich wird patiniert, mindestens doch Schmelzeien und Profile. Ist alles gut trocken und tabellos glatt, so wird mit gebleichtem Mohnöl abpoliert. Wenn die Gebrungen gut markiert sind, wird es schöne Kontraste und einen matten Glanz geben. Der Effekt wird aber noch bedeutend erhöht, wenn zweimal lackiert wird. Dann wird die Arbeit unter Berücksichtigung des oben Gesagten eine künstlerische und kann vor jeder Kritik bestehen.

Wo es angeht, können größere leere Flächen durch Anbringung feiner Sandmalereien im Tone sehr wirkungsvoll belebt werden. Doch darüber in einem weiteren Artikel. W. L.

Submission und Schmutzkonturrenz im Malergewerbe.

Zu diesem unerfreulichen Kapitel in unserm Berufe wird uns von unserer Leipziger Filiale berichtet:

In letzter Zeit tritt die Schmutzkonturrenz im Malergewerbe derartig in Erscheinung, daß sie eine Gefahr für die fachgemäße Ausführung der Arbeiten im Malergewerbe bedeutet. Während die Unternehmerverbände des Gewerbes für die Berechnung auszuführender Arbeiten entsprechende Richtlinien aufgestellt haben, richtet sich nach diesen recht oft kein Meister. Und so sind fast bei allen Anschlägen von größeren Arbeiten 100- bis 200prozentige Preisunterschiede keine Seltenheit. Die Methode bei Vergebung aller staatlichen und städtischen Maler- und Anstreicherarbeiten, daß fast immer dem niedrigsten Angebot die Arbeit zugesprochen wird, begünstigt diese unhaltbare Begleitercheinung. Um nun trotz niedrigen Preisangebots immer noch einen Gewinn zu erzielen, werden öfters nicht nur Anstriche und Vergleichen gespart und die Auftraggeber geschädigt, sondern man durchbricht auch die bestehenden tariflichen Bestimmungen.

Die Firma Geißler und Wildenhain, Windmühlenstraße 25, hatte mit obigen Methoden von der Stadt Leipzig einen Auftrag erhalten, im neuen Rathaus Fenster von innen und außen anschlagesgemäß auszuführen. Die Firma hat bei diesen Arbeiten nicht nur die tariflichen Bestimmungen umgangen, sondern versucht, die Arbeiten auch nicht anschlagesgemäß auszuführen. Ein Teil dieser Arbeiten kann überhaupt nur noch unter ganz erschwerenden Umständen vorchriftsmäßig ausgeführt werden, da die erforderlichen Gerüste nicht mehr vorhanden sind. — Bei anschlagesgemäher Ausführung dieser Arbeiten würden 10 Gehilfen noch einige Wochen Beschäftigung haben. Trotzdem nun seit Monaten Hunderte von Malergehilfen in Leipzig erwerbslos sind, hat diese Firma nicht nur auswärtige Gehilfen eingestellt, sondern sogar Meister und Meistersöhne von auswärts herangeholt, wahrscheinlich in der Absicht, daß diese über die nicht vorchriftsmäßige Ausführung der Arbeiten nichts verraten und die Leipziger tariflichen Bestimmungen nicht kennen würden. Den Schaden tragen die Steuerzahler und die Gehilfenschaft.

Diese unhaltbaren Zustände sind daher sofort zu behebigen. Unsere Kollegen verlangen daher: die Nachprüfung der eben angeführten Arbeiten auf ihre vorchriftsmäßige Ausführung; daß in Zukunft städtische Arbeiten nur an Firmen vergeben werden, die die tariflichen Bestimmungen einhalten; vor Vergebung dieser Arbeiten ist über die Firmen, die die Arbeiten ausführen sollen, unsere Filialverwaltung über die Einhaltung der tariflichen Bestimmungen zu befragen; strenge Ueberwachung aller städtischen Maler- und Anstreicherarbeiten durch eine besondere Fachkommission; Firmen, denen bei ausgeführten Arbeiten Betrag nachgewiesen wird und die die tariflichen Bestimmungen nicht eingehalten haben, werden 5 Jahre von allen städtischen und staatlichen Arbeiten ausgeschlossen.

Literarisches

Das Heidelberger Programm, herausgegeben von der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin, S. 68, Preis 1 M. Die von der Partei herausgegebene Broschüre erläutert das neue Heidelberger Programm. Besonders anerkennenswert ist, daß die Durchdringung der vielen Gebiete, die Erörterung der einzelnen Abschnitte des Programms einer Reihe von tüchtigen vorliegenden Arbeit wurde. So erläutert Karl Kautsky den theoretischen Teil des Programms, über Verfassung schrieb Friedr. Stampfer, Verwaltung Otto Sandberg, über Justiz Alwin Senger, Sozialpolitik Hermann Müller (Stuttgart), über Kulturpolitik Heinrich Schulz, über Finanzen und Steuern E. Kell, über Wirtschaftspolitik Rob. Schmidt und über internationale Politik Hermann Müller-Branten. Vom Schrifttum der Partei zum Geleit ein kurzes Wort und soles noch ein Aufsatz über: „Eine Einführung in das Heidelberger Programm“ von er die Ältere, heute fast vergessene, für die sozialistische Erkenntnis jedoch immer noch sehr wertvolle Literatur aufweist.

„Kulturwille.“ Die erste Nummer des neuen Jahrgangs der Frau geleistet. Der „Kulturwille“ löst im Jahresabrechnung nur 2,40 M., die Einzelnummer 20 M. Die vierte Nummer eignet sich gut zum Vertrieb in Frauenvereinen, Frauenversammlungen. Der „Kulturwille“ ist durch alle Buchhandlungen oder direkt vom Verlag zu beziehen. Die Informationen erhalten bei Sammelbestellung Rabatt. Probenummern werden auf Wunsch gratis gesandt. Allgemeines Arbeitsbildungs-Institut, Leipzig, Braustraße 17.

Jung-Dachbender 1925. Die vom Verband der Deutschen Theodor Thomas, Frankfurt a. M., herausgegebene monatliche Zeitschrift ist jetzt ausgedehnt, mit 6 prächtigen Illustrationen geschmückt, vom Verband zu beziehen. Der „Jung-Dachbender“ in Buchform ist ebenfalls in die gebundene Ausgabe nur zu begrüssen. Der reichhaltige, vielseitige und aufklärerische Inhalt dieser lebendig gehaltenen Zeitschrift wird den jugendlichen Kreisen des Berufs auf diese Weise besonders am besten zur Hand sein.

Vom 24. bis 30. Januar ist die 4. Beitragswoche.

Abrechnung vom 3. Quartal 1925.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes sub-sections for 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure), with further breakdowns for 'A. der Filialen' and 'B. der Hauptkasse'.

Table with 2 columns: Category and Amount. Continues the 'Ausgabe' (Expenditure) section, listing various support and administrative costs.

Hamburg, den 20. Januar 1926. J. Petrich, Kassier. Revidiert und für richtig befunden: Otto Streine, Louis Ringel, Wilh. Ni. Bruno Krebs.

Sterbetafel.

Düsseldorf. Am 12. Januar starb an den Folgen Speiseröhrenoperation der Kollege Jakob B. im Alter von 63 Jahren. Frankfurt a. d. O. Am 4. Januar starb unser treuer Rudolf Siebert an Magengeschwür und Nierenentzündung, 87 Jahre alt. Götting. Am 12. Januar starb unser Kollege Franz P. im Alter von 59 Jahren. Konstanz. Infolge Unglücksfalles starb in Kreuzlingen einem Gehirnschlag unser Mitglied Hans B. im Alter von 47 Jahren. Mainz. Am 4. Januar starb nach langem Leiden Mitglied Heinrich Dieke, Lackierer, im Alter 66 Jahren. — Am 7. Januar starb nach langer Krankheit unser Mitglied Emil Gaentgen, im Alter von 51 Jahren. Ehr ihrem Andenken!